

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 65 (1971)
Heft: 7-8

Artikel: Weltpolitischer Überblick : das erste Halbjahr 1971
Autor: Geiss, Imanuel
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141917>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Eindruck immer noch, eure Strukturen seien in Ordnung, weil sie euch Ruhe, Reichtum und Frieden schenken.

Aber, um welchen Preis für die Menschheit?

Schweizervolk, versuche, deinem guten Ruf gemäß zu handeln.

Neutralität sei für dich der Mut, dich zwischen Kapitalismus und Kommunismus, zwischen reiche und arme Länder zu stellen, um zu verkünden, und zwar durch Taten, nicht bloß mit Worten, daß Almosen nicht genügen, daß man zu raschen und radikalen Änderungen in der internationalen Handelspolitik kommen muß. Demokratie bedeute für dich Opfer bringen, um den Menschen aller Länder und Rassen, aller Sprachen, Religionen und Ideologien, das Recht zu sichern, menschenwürdig zu leben. Vorsicht, Schweizervolk, mit Deklarationen und schönen Entschlüssen ist es heute nicht mehr getan.

Friede sei für dich gleichbedeutend mit Friede verankert in Gerechtigkeit und Liebe, verbunden mit der Möglichkeit, ihn der ganzen Welt zu schenken. Sei stolz auf deine Kantone. Liebe dein Volk. Aber gib dir Mühe, die Augen zu öffnen und das Herz zu weiten für die Anliegen der ganzen Welt.

WELTPOLITISCHER ÜBERBLICK:

Das erste Halbjahr 1971

«Fortschritt» gegen Umweltschutz

In der ersten Hälfte des Jahres 1971 hat sich die Gesamtsituation der Welt gegenüber der letzten Berichtsperiode kaum verändert: Einigen — spärlichen — Symptomen für eine etwas rationalere Entwicklung stehen handfeste Beweise für eine wachsende Irrationalität und Brutalität in verschiedenen Ländern gegenüber — USA/Vietnam, Pakistan, Türkei, Italien, Jordanien. Im «ceterum censeo» der Berichte an dieser Stelle — Umweltschutz — scheinen offenbar wenigstens in einigen Industrieländern die Mühlen staatlicher Wirksamkeit allmählich anzulaufen, aber so knarrend, ächzend, immer wieder aufgehalten durch die Privatinteressen der jeweils betroffenen Industrie-Lobby, daß ein gesamtgesellschaftlicher Fortschritt nur schwer zu erzielen sein wird. Geradezu grotesk und deprimierend aber ist es, wenn der Innenminister der Bundesrepublik Deutschland, Genscher, der Presse und den übrigen Medien der öffentlichen Meinung vorwirft, sie hätten Umweltschutzproblematik unnötig dramatisiert und übertrieben, so als ob man vor den heraufziehenden Gefahren nicht gerade deutlich genug warnen kann. Genschers abwiegelnde Polemik stand im Zusammenhang mit der Forderung, den Bleigehalt im Benzin rascher und drastischer zu senken, und er schlug

sich in diesem Punkt eindeutig auf die Seite der in ihren kurzfristigen Interessen bedrohten Industrie. Ähnlich verhält sich Genschers Kollege im Bundesverkehrsministerium, Leber. Offenbar mit dem Ehrgeiz, als größter Straßenerbauer aller Zeiten zumindest in die deutsche Geschichte einzugehen, legte er jüngstens einen Plan zur Erweiterung des bundesdeutschen Straßennetzes vor, das die Landschaft vollends in unzählige Beton- und Lärmschneisen zerschneiden würde. Was in der Bundesrepublik Deutschland, vielleicht auch in anderen Ländern, unter den euphemistischen Tarnbezeichnungen «Flurbereinigung» und «Stadtsanierung» an systematischer Zerstörung der Landschaft und der Städte geschieht, steht im schreienden Gegensatz zum inzwischen modisch gewordenen Gerede vom Umweltschutz. Dagegen bringen nur wenige genügend Phantasie und Energie auf, konkrete Konsequenzen vorzuschlagen oder gar durchzusetzen, die sich dem Hang zur selbstmörderischen Bequemlichkeit (Auto, Flugzeug, Kunststoffe etc.) und/oder kurzfristiger Profitmaximierung (exzessive Mechanisierung der Landwirtschaft, wozu das Abrasieren ganzen Landschaften erforderlich erscheint, z. B. im mittleren Hessen zwischen Frankfurt und Vogelsberg; Grundstückspekulation in den Stadtregionen) entgegenstellen. Und die würden für die nächste Zukunft lauten müssen: Abbremsen des technischen «Fortschritts» und des ökonomischen Wachstums, zumindest bis zur Stabilisierung der Lage und Überwindung der Umweltgefahren; bessere und gerechtere Verteilung der Güter auf dieser Erde an alle; kurzum: mehr Planung und Gerechtigkeit, mehr Demokratie und Sozialismus.

Die USA haben zwar vorläufig den Bau ihres Überschallflugzeugs eingestellt, aber die Sowjetunion und Frankreich/England stellten erstmals die Prototype ihrer Überschallflugzeuge vor. Die USA haben, unter dem Druck ihrer prekärer gewordenen wirtschaftlichen und finanziellen Situation das unsinnige Prestige-Unternehmen Weltraumflug erheblich reduziert, aber die UdSSR schritt mit ihrem jüngsten spektakulären Start einer bemannten Raumstation zum zweifelhaften Fortschritt, daß nach vierundzwanzig Tagen die drei Kosmonauten landeten — weich, aber tot. Ob das die technischen Fortschrittsgläubigen in der Sowjetunion endlich etwas mehr zum Nachdenken über den Sinn und Unsinn auch ihres Tuns bringen wird?

Ob sich die grundsätzliche Annäherung in den SALT-Gesprächen über die weltweite Abrüstung in konkrete Schritte umsetzen wird, muß die Zukunft erst noch erweisen.

Inneramerikanische Krise

Unterdessen hat sich die inneramerikanische Krise weiter verschärft. Es mehren sich die Auflösungserscheinungen in den USA nach innen wie nach außen. Mit den Enthüllungen von Daniel Ellsberg über die Vor-

geschichte des amerikanischen Eingreifens in Vietnam hat sich die amerikanische Bewußtseinskrise noch weiter verschärft. Nach dem Bekanntwerden amerikanischer Kriegsverbrechen in Vietnam enthüllt sich nun auch für den letzten noch halbwegs moralisch intakten Zeitgenossen der verbrecherische Charakter der amerikanischen Vietnampolitik schlechthin. Die naive «Arroganz der Macht», gestützt auf Dollar, Panzer, Raketen und Computer, ist zunächst einmal durch die Einsicht gebrochen, daß die größte «Demokratie der Welt» durch ihre politischen und militärischen Führer zynisch in ein verbrecherisches Abenteuer hineingeritten wurde, dem die Mehrheit solange Beifall spendete, wie es gut zu gehen schien. Das System von Lügen, Brutalität, Gewalt und Zynismus der US-Politik im Stil eines Gangster-Syndikats muß notwendig tiefe Rückwirkungen auf die innere Situation der USA und ihr Ansehen nach außen haben. Die «westliche freie Welt», deren Führer bisher die USA lauthals oder stillschweigend in Vietnam unterstützten, sieht sich in den gleichen moralischen Bankrott hineingerissen: Mitgegangen, mitgehangen. Das mindeste wäre nunmehr, alle Vietnam-Demonstranten in aller Welt juristisch wie politisch zu rehabilitieren, denn die vielverschrienen «Linken» haben mit ihrem Protest gegen die amerikanische Vietnampolitik schon früh einen Verdacht ausgesprochen, der nunmehr aus amerikanischen Quellen direkt bestätigt wird. Vor allem wären alle politischen Gesinnungstäter, die mit ihrem Protest gegen den Vietnamkrieg in Konflikt mit den Gesetzen ihres Landes geraten sind, z. B. die Frankfurter Kaufhausbrandstifter und ihrer Berliner Befreier (Baader-Meinhof-Gruppe), zu amnestieren, denn ihre Vergehen sind wahrlich ein Klacks gegenüber dem sehr viel größeren Verbrechen der USA in Vietnam, gegen das sie mit ihrer Gesetzesüberschreitung gerade protestiert haben, wie sich heute dokumentarisch beweisen läßt, völlig zu Recht.

Die Rauschgiftgefahr

Die schwärende Wunde, die sich die USA mit dem Vietnamkrieg selbst geschlagen haben, zeigt sich noch auf anderen Gebieten: Auf dem Schauplatz des verbrecherischen und sinnlosen Krieges flüchten sich Tausende von amerikanischen Soldaten in die individuelle Sinnlosigkeit der Rauschgifte. Offensichtlich weigern sich kleinere Truppenteile, überhaupt noch offensiv gegen die vietnamische Befreiungsarmee vorzugehen. Fälle von Offizierserschießungen durch die eigenen Mannschaften werden berichtet, Spannungen und Handgreiflichkeiten zwischen weißen und schwarzen Soldaten, Spannungen, die sich in den US-Truppen auf bundesdeutschem Boden fortsetzen und zu intensiver Agitation der «Black Panthers» und linker deutscher Studenten gegen die Rassendiskriminierung in der US-Armee geführt haben. In den USA selbst fürchtet man wieder den Ausbruch eines «Heißen Sommers» — kein

Wunder angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit, die erfahrungsgemäß vor allem die Jugend unter den Afro-Amerikanern zu permanentem und demoralisierendem Nichtstun verurteilt. Die steigenden Klagen über die Verwahrlosung und Unsicherheit der amerikanischen Städte ist nur ein weiteres Anzeichen für den inneren Verfall der USA. Der Kriminalität nach außen (Vietnamkrieg) entspricht mehr und mehr die Kriminalität nach innen (Terror gegen die Afro-Amerikaner, Ansteigen der generellen Kriminalität). Wie die amerikanische Gesellschaft da noch den Schock der Vietnam-Enthüllungen aushalten soll, ist schwer zu erkennen. Die fassungslosen Tränen des 41jährigen Senators aus Alaska bei Verlesung von Pentagon-Dokumenten ist sicherlich nur symbolhaft für die Erschütterung, Verbitterung und Ratlosigkeit, die zur Zeit über die USA gehen. Die politischen Konsequenzen für ein moralisch diskreditiertes System dürften nach allen historischen Erfahrungen nicht lange auf sich warten lassen.

Katastrophe in Pakistan

Wenn von politisch drapierten Verbrechen in unserer Zeit die Rede ist, so muß man seit dem 25. März 1971 auch von Pakistan sprechen. Dort haben sich im zweiten Viertel dieses Jahres alle die Spannungen zu einem entsetzlichen Bürgerkrieg zwischen West- und Ostpakistan entladen, die sich für den Außenstehenden bereits schlagartig mit der großen Flutkatastrophe im Golf von Bengalen im November 1970 gezeigt hatten («Neue Wege», Dez. 1970, S. 377). Damals drangen erstmals Klagen der Ost-Pakistaner in die Welt, die von einer quasi-kolonialen Ausbeutung und Vernachlässigung des volksstärkeren Bengalen (mit einer starken Hindu-Minderheit) durch die traditionelle Herrscher- und Kriegerbevölkerung des Westens im Pandschab sprachen. Ein mohammedanischer Fanatismus diente hier, wie im nördlichen Nigeria, als ideologisches Aufputschmittel zur Rechtfertigung und Verlängerung einer ursprünglich durch Eroberung gegründeten Herrschaft, die noch auf das Reich des Groß-Mogul im 16. Jahrhundert zurückgeht. Wie so oft in der Geschichte erwies sich, daß ein nicht eingelöstes Verfassungsversprechen — Herrschaft der Mehrheit, in diesem Fall der Mehrheit der Bengalen — den gewaltsamen Konflikt erst unvermeidlich machte. Die vom Präsidenten Yahya Khan versprochene Wiedereinführung der parlamentarischen Demokratie in ganz Pakistan hätte den Bengalen, die in überwältigender Mehrheit hinter der für eine stärkere Vertretung der Bengalen-Interessen plädierenden Awami-Liga standen, erstmals seit Jahrhunderten die Chance zur faktischen Selbstbestimmung gegeben, wenn auch im Rahmen von Pakistan. Die traditionelle herrschende Klasse aus dem Pandschab (Westpakistan) war aber nicht gesonnen, ihre Herrschaft über Bengalen abzugeben und nahm die Meuterei der (wenigen) bengalischen Truppen und

Polizeistreitkräfte zum Vorwand für das vielleicht schlimmste Massaker der Weltgeschichte, dem innerhalb weniger Wochen einige Millionen Bengalis — Hindus und Muslims — zum Opfer fielen. Hier handelt es sich nicht, wie einst bei den Millionen Toten bei der Teilung Indiens und Pakistans, um spontan und blind rasende Massen, sondern um kaltblütig geplanten und mit allen Mitteln staatlicher Macht exekutierten Völkermord an den eigenen Landsleuten.

Unverständliche Haltung Chinas

Einer der traurigsten Aspekte des Gemetzels in Bengalen ist der Umstand, daß die Volksrepublik China aus reinen Machterwägungen diesen Völkermord deckt, obwohl die quasi-sozialrevolutionäre Bewegung in Bengalen für nationale Selbstbestimmung u. a. von maoistischen Gruppen initiiert und getragen wurde. Mochte Indien noch so sehr mit kleinlicher Schadenfreude die Schwierigkeiten seines ungeliebten doppelten Nachbarn weiter geschürt haben, das wäre alles kein Grund für die Volksrepublik China gewesen, die reaktionäre und blutrünstige herrschende Klasse des Pandschab gegen eine echte Volksbewegung in Bengalen zu stützen. Seit dem Ende der Kulturrevolution ist China offenbar zur traditionellen Machtpolitik zurückgekehrt, ohne Rücksicht auf die Interessen echter revolutionärer Bewegungen, die einfach dem klassischen Machtkalkül geopfert werden. So in Bengalen, so auch in Ceylon, wo die linkssozialistisch-trotzkistisch-kommunistische Regierung unter Frau Bandaraneika einen Revolutionsversuch maoistischer Inspiration und Prägung gewaltsam unterdrückte — ebenfalls mit Segen und Waffen von China.

Nahost-Konflikt

Dagegen schien der Nahost-Konflikt durch zwei Ereignisse eine Wende zu einer friedlicheren Lösung zu nehmen, allerdings nur auf Kosten innerarabischer Konflikte: In der bisher letzten Runde des jordanischen Bürgerkriegs gelang es König Hussein offenbar, mit Hilfe seiner Beduinenarmee die politische Bewegung der Palästinenser durch eine harte und grausame Kampagne im Frühjahr 1971 so zu schwächen, daß die palästinensischen Befreiungsbewegungen in den Untergrund gehen mußten. Damit hat Hussein zunächst seine Herrschaft stabilisiert und im eigenen Interesse eine Vorbedingung Israels erfüllt, denn die israelische Regierung ließ immer wieder unzweideutig erkennen, daß sie bei einem Sturz Husseins durch die palästinensischen Befreiungsbewegungen unverzüglich offen und militärisch in Jordanien intervenieren würde. Das zweite innerarabische Ereignis — der plötzliche Tod Nassers — hat die arabische Szene tiefgreifend verändert, da Nassers Nachfolger Sadat überraschend schnell nach innen wie nach außen das System des scheinbar allmächtigen Nasser veränderte.

Neu-Orientierung Aegyptens?

Mit der Eliminierung des moskauorientierten Flügels versuchte Sadat sich innenpolitische Bewegungsfreiheit zu verschaffen. Gleichzeitig kündigte er erstmals die Bereitschaft zur Anerkennung der staatlichen Existenz Israels an, wenn Israel auf die Grenzen vom 4. Juni 1967 zurückginge.

Die Reaktion Israels

Die israelische Führung aber scheint die Chance zu einer friedlichen Regelung, ähnlich wie 1954/55, wieder einmal ausschlagen zu wollen. Das Nachlassen des äußeren Drucks bewirkte sofort im Innern die Rückkehr von inneren Spannungen in Israel. Ausgedehnte Streiks auf zahlreichen Gebieten des Wirtschaftslebens und die handgreiflichen Demonstrationen der israelischen Unterschicht — der sephardischen Juden aus dem Nahen Osten — gegen ihre schlechtere Lage sind Alarmzeichen für die israelische Führung. Das Eingehen auf die Initiative Sadats könnte die inneren Schwierigkeiten nur erhöhen und vielleicht bis zur Existenzkrise Israels nach innen verschärfen. Daher bietet sich wieder einmal die Flucht in eine riskante Außenpolitik als Ausweg an. Tatsächlich hat die israelische Regierung, soweit ein Außenstehender dies beurteilen kann, die Avancen Sadats kühl behandelt, und «New Outlook», eines der wenigen Organe der kleinen anti-chauvinistischen Minderheit in Israel, interpretierte den letzten Parteitag der herrschenden Arbeiterpartei eher als Vorbereitung auf mehr Krieg denn als Vorbereitung auf den Frieden. Lediglich die israelischen Jungsozialisten sprachen sich erstmals gegen das Programm ihrer eigenen Partei aus. Aber in den letzten Tagen sprachen Sprecher für das offizielle Israel wieder einmal in ominöser Weise von einer neuen Kriegsgefahr im Nahen Osten.

Süd-Afrika baut seine Vorherrschaft aus

Auf dem afrikanischen Kontinent scheint die Südafrikanische Republik ihren (vorläufig) schier unaufhaltsamen Aufstieg zur verschleierte Hegemonialmacht durch die Kombination von Wirtschaftskraft und Militärmacht fortzusetzen. Während das Apartheid-System nach innen einige Konzessionen in peripheren Fragen machte, die aber nur auf eine Verbesserung der Situation für die Afrikaner im Apartheid-System hinauslaufen, baute Südafrika sein Glacis bis zum Sambesi weiter aus und stieß mit dem über schwarzafrikanische Politiker lancierten «Angebot» eines «Dialogs» mitten in die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) hinein und richtete dort arge Verwirrung an, die bis zur abermaligen Spaltung des Kontinents gedeihen könnte. Nach Malawi hat Südafrika nun schon Madagaskar, die Elfenbeinküste und sogar Ghana für einen

«Dialog» gewonnen und übt schweren Druck auf das geographisch weitgehend isolierte Sambia aus.

So gewinnt der Streit um das Cabora-Bassa-Projekt seinen besonderen Stellenwert: Durch den Staudamm würde das Kolonialregime der Portugiesen in Mozambique stabilisiert und verstärkt, Südafrika erhielte, über den schon bestehenden Verteidigungspakt hinaus, eine direkte Handhabe für militärische Intervention in Mozambique, wenn z. B. eine neue portugiesische Regierung den Afrikanern in seinen «Überseeprovinzen» tatsächlich die Unabhängigkeit und Freiheit geben wollte. Mit der Vollendung des Cabora-Bassa-Staudamms würde die ohnehin schon fast hoffnungslose Situation im südlichen Afrika nur noch aussichtsloser. Eine nur noch theoretisch denkbare friedliche Lösung würde endgültig verbaut werden. Die allfällige Katastrophe, ausgelöst z. B. bei Paralyse der USA durch ihre eigene innere Krise, würde nur noch verheerender für alle Betroffenen werden, und das nun im gesamten südlichen Afrika.

England: EWG oder nicht?

In Europa machten sich die widersprüchlichsten Tendenzen bemerkbar. Auf der einen Seite kam eine grundsätzliche Einigung über die Aufnahme Englands in die EWG zustande, andererseits mehrten sich Krisensymptome innerhalb verschiedener europäischer Staaten. Der geplante EWG-Beitritt unter konservativer Führung dürfte zunächst die inneren Schwierigkeiten der Regierung Heath noch verstärken, zumal Heath als erster konservativer Premierminister Englands offen eine reaktionäre Innenpolitik betreibt mit dem Ziel, wesentliche Errungenschaften des britischen Sozialstaates wieder rückgängig zu machen. In der offenen Rückkehr zu vorsintflutlichen kapitalistischen Prinzipien der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung macht es Heath auch nichts aus, eine erhebliche Arbeitslosigkeit zu produzieren. Im Gegenteil, als traditionelles Mittel zur Disziplinierung der Gewerkschaften käme ihm eine begrenzte Arbeitslosigkeit nur gelegen.

Andererseits ist Heaths Position, wie die erstmals wieder für Labour günstig verlaufenden Nachwahlen und Meinungsumfragen nahelegen, keineswegs sicher. Die große Entscheidung über den Beitritt zur EWG spaltet seit nunmehr einem Jahrzehnt in zunehmendem Maße die beiden großen Parteien, und die politische Entscheidung für die absehbare Zukunft geht vermutlich für die Partei aus, der es gelingt, ihre Anhänger am ehesten zusammenzuhalten. Möglich wäre auch eine Umgruppierung der gesamten Parteienstruktur, sodaß sich Anhänger und Gegner des EWG-Beitritts in entgegengesetzten Parteien zusammenfänden. Der Beitritt zur EWG jedenfalls ist eine der ganz großen bewegenden Fragen, an denen sich Parteien zu spalten pflegen. Wie auch immer die endgültige Entscheidung von Labour in dieser Frage ausfallen mag, es ist kaum

anzunehmen, daß Labour mit Harold Wilson an der Spitze noch eine Zukunft haben wird.

Wahlen in Holland und auf Sizilien

Während in Holland die Parlamentswahlen vom Mai dieses Jahres einen immerhin so erheblichen Linksruck brachten, daß sich erst nach zwei Monaten Regierungssuche ein neues Kabinett auf leicht nach links erweiterter Basis finden ließ, feierten die zeitweilig schon fast totgesagten Neofaschisten Italiens bei den Kommunalwahlen auf Sizilien und in der Hauptstadt Rom Mitte Juni 1970 ein spektakuläres Comeback, im wesentlichen auf Kosten der verbrauchten Christdemokraten. Mit einem Sechstel der Wählerstimmen würden, auf nationaler Ebene umgerechnet, die Neofaschisten heute zur drittstärksten Partei hinter Christdemokraten und Kommunisten aufrücken. Der zwar nur regionale, aber deswegen nicht minder bedeutsame Wahlerfolg der Neofaschisten wird vermutlich die innere Krise Italiens nur noch weiter zuspitzen.

Die Lage in Westdeutschland

Umgekehrt ist in der Bundesrepublik die CDU/CSU dabei, in den verschiedenen Landtagswahlen die neofaschistische NPD weitgehend aufzusaugen und weit unter die 5-Prozent-Klausel zu drücken. Gleichzeitig rücken die Unionsparteien, angetrieben durch Strauß und die CSU, entsprechend weiter nach rechts. Sie sehen sich allerdings einem doppelten Dilemma gegenüber: Einerseits läuft die CDU/CSU Gefahr, durch die Verschärfung ihres Rechtskurses an ihrer linken Flanke Wähler oder gar untere bis mittlere Funktionäre an die SPD zu verlieren. Andererseits ist der wahre starke Mann der Unionsparteien, Franz Josef Strauß mit seinem Programm eines gleichsamem Zivil-Faschismus, der viele Affinitäten sowohl zum historischen Faschismus der NSDAP (und der Deutschnationalen) wie auch des gegenwärtigen Neofaschismus der NPD aufweist, zumindest nördlich des Mains derart unpopulär, daß seine offene Kanzlerkandidatur die Chancen der CDU/CSU bei der nächsten Bundestagswahl vermutlich schmälern würde. Im Interesse der bundesdeutschen Demokratie wäre daher die neuerdings von Strauß auch offen angestrebte Kanzlerkandidatur zu begrüßen. Die Fronten wären damit noch klarer abgesteckt, was für zögernde, aber gutwillige Demokraten, die den demokratischen Anspruch der CDU bisher für bare Münze genommen haben, die Entscheidung, diesmal SPD zu wählen, nur noch erleichtern könnte.

Zerfall der FDP und seine Folgen

Wiederum andererseits — und so kompliziert ist die Situation in der Bundesrepublik im Augenblick geworden — scheint die FDP nach aller-

lei Schwankungen in den letzten Jahren nunmehr langsam aber sicher zu zerfallen. Bei den Landtagswahlen von Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein mußte sie so schwere Niederlagen hinnehmen, gleichgültig, ob sie sich nach rechts zur CDU oder nach links zur SPD festlegte, daß sich seitdem die Zerfallserscheinungen vermehren. Die Führung der FDP versucht offenbar ihr Heil, einerseits in einer Politik des Bremsens von wichtigen innenpolitischen Reformen, um die konservativeren Wähler zu halten, andererseits in der Herausstellung eines progressiveren Image durch die Bestellung des ausgewiesenen Linksliberalen Karl-Hermann Flach zum neuen Generalsekretär und der Ausarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms. Insgeheim scheint die FDP-Führung bereits einen abermaligen Stellungswechsel nach den Bundestagswahlen 1973 vorzubereiten, wie der Bruch der Bremer Koalition mit der SPD durch die besonders konservativ-reaktionäre Bremer FDP wegen der Neugründung der Bremer Universität (vgl. auch «Neue Wege», 1970, S. 381-382) und die offene Solidarisierung von Walter Scheel mit der stupiden Universitätspolitik der Bremer FDP vermuten lassen.

Das wäre allerdings das Ende der FDP, weil sich die Parteiführung mit solcher Politik zwischen alle Stühle setzen würde: Die verbliebenen konservativen Wähler lassen sich so nicht halten, die jüngeren linken Wähler, die auf weite Sicht der FDP allein noch ein wachsendes Potential garantieren könnten, würden abgestoßen werden. Die rund 1,8 Prozent der Wähler, meist Intellektuelle, die 1969 ihre Zweitstimme der FDP gaben, um eine SPD/FDP-Koalition zu ermöglichen, würden 1973 wieder direkt SPD wählen. So oder so ähnlich könnte sich das parteipolitische Ende des Liberalismus in der Bundesrepublik abspielen.

Das Verschwinden der FDP würde vermutlich die Polarisierung der politischen Kräfte beschleunigen und verstärken, würde die Spannungen, die Bürgerkriegen vorausgehen, nur noch verschärfen. Das Ende der FDP würde auch das baldige Ende der relativen Ruhe und Friedlichkeit der bundesdeutschen Politik anzeigen. Ohnehin sind die internen Spannungen in der Bundesrepublik bereits so groß, daß dramatische Ereignisse bestürzend rasch bürgerkriegsähnliche Zustände hervorrufen könnten.

Immanuel Geiß

Was heißt heute «Verrat»?

70 Prozent des Engagements dienen dazu, eine Demütigung der USA zu vermeiden; 20 Prozent seien darauf gerichtet, Südvietnam vom chinesischen Zugriff fernzuhalten; 10 Prozent seien darauf aus, der südvietnameschen Bevölkerung ein besseres und freieres Leben zu ermöglichen — so hat einer der höchsten zivilen Beamten des Pentagons die Ziele der USA in Vietnam zusammengefaßt.